

GdP: Kurz berichtet

März 2005 III



1. Pleisweiler Gespräch: 28. März, 11:00h
2. Angestellte im Polizeidienst
3. Binnenkonjunktur: Kaufkraft ging verloren
4. Heiner Geißler wurde 75
5. Europa bedroht deutsche Arbeitsplätze
6. Vernissage in Mainz
7. EGB - Protest in Brüssel
8. Großes Verdienstkreuz für Walter Zuber
9. Arbeitgeber - Lüge Arbeitszeit
10. CDA: „Soziale Gerechtigkeit im Härtestest“
11. Rechtsextremismus und Aussteigerprogramm RP
12. Seminar Schwule und Lesben
13. Nachwuchsmangel im höheren Dienst
14. Fachhochschule: Vom Diplom zum Bachelor?
15. Personalien
16. Zugriff auf Datenbank der NATO
17. Die Personalratswahlen finden vom 25. bis 29. April statt!
18. Leichentanz
19. Zur Erinnerung

1. Pleisweiler Gespräch: 28. März, 11:00h

Heiner Flassbeck ist Chefökonom der UNCTAD. Er war Staatssekretär im Bundesfinanzministerium und davor Leiter der Konjunkturabteilung des DIW. Albrecht Müller, Nationalökonom, Autor des Bestsellers „Die Reformlüge“, Herausgeber: www.NachDenkSeiten.de

Thema: „Seit über 20 Jahren wird in Deutschland reformiert. Mit jeder neuen Strukturreform wird versprochen, das bringe die notwendige wirtschaftliche Belebung und Arbeitsplätze. Erreicht wurde bisher aber immer das Gegenteil. Die Binnenkonjunktur lahmt, die Arbeitslosigkeit steigt.“

Pleisweiler, Schlossstraße 23. **Gäste sind herzlich willkommen.**

2. Angestellte im Polizeidienst

Im Haushaltsjahr 2002 wurde auf Antrag der SPD-Fraktion ein spezielles Programm für Angestellte in der polizeilichen Verkehrsüberwachung aufgelegt. Das Präsidium Koblenz erhielt zusätzliche Mittel für 8 Stellen.

Die SPD - Fraktion hat die Landesregierung gebeten, in der nächsten Sitzung des Innenausschusses über die Erfahrungen aus dem Modellprojekt zu berichten.

Die GdP - auf deren Vorschlag das Modellprojekt beruhte - hat keinen Zweifel über den Erfolg des Projektes. Scharbach: *"Wie treten dafür ein, dass das Sonderprogramm auch auf die anderen Präsidien übertragen wird."*

3. Binnenkonjunktur: Kaufkraft ging verloren

Früher wurden die Sozialabgaben von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu gleichen Teilen gezahlt. Die Marke wird von Jahr zu Jahr zu Gunsten der Unternehmer verschoben. Durch die Gesundheitsreform mussten die gesetzlich Versicherten im Jahr 2004 dank Arztgebühr und erhöhter Zuzahlungen 1,9 Milliarden € mehr für ihre Gesundheit ausgeben, errechnete das Pharma – Unternehmen Ratiopharm. Diese zusätzlichen Ausgaben seien vor allem durch Konsumverzicht erbracht worden.

4. Heiner Geißler wurde 75

Heiner Geißler, ehemaliger Generalsekretär der CDU: *"Wir müssen eine Konzeption entwickeln, die im Gegensatz zum gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschaftssystem steht. Wir müssen uns aus dem Schlepptau des Neoliberalismus befreien, der Interessen des Kapitals über das der Menschen stellt!"*

Sehr geehrter Herr Geißler, so sehen wir das auch! Und gratulieren nicht zuletzt deswegen recht herzlich zum 75. Geburtstag!

5. Europa bedroht deutsche Arbeitsplätze

Während Gewerkschaften und Attac noch gegen die ‚Bolkestein-Richtlinie‘ ankämpfen, mit der fast alle Dienstleistungen in der EU frei handelbar wären, erweist der schon bestehende EU-Beitrittsvertrag mit den neuen Ländern im Osten seine Tücken. Beitrittsdatum: 1. Mai 2004. Kanzler Schröder hatte vor dem Beitritt von Polen, Lettland und Co. darauf gedrungen, dass es bis zu 7 Jahre lang keinen unkontrollierten Zugang der neuen EU-Mitglieder zum Arbeitsmarkt der BRD geben dürfe. Was passiert seit Mai 2004? Statt als Angestellte kommen die Billiglöhner einfach als Selbständige!

Wie das geht? Deutsche Firmen stellen die billigen Arbeitnehmer nicht selbst ein, sondern schließen Werkverträge mit Subunternehmen aus Polen, Lettland oder Litauen ab. Diese Subunternehmer können ihre Beschäftigten mit den Löhnen des Heimatlandes abspeisen.

Im Norden Deutschlands sind bereits 26.000 Jobs für Fleischer verloren gegangen. *„Gegen die Dumpinglöhne von drei bis fünf Euro haben deutsche Arbeitnehmer keine Chance“*, schreibt der SPIEGEL (8/2005/85 **„Hier geht die Angst um“**). Während die deutschen Unternehmer Millionen sparen, verlieren auch die deutschen Sozialkassen. Die Subunternehmer müssen in der BRD keine Sozialabgaben bezahlen. Auch diese richten sich nach den Sätzen in der ausländischen Heimat.

Die ausländischen Frauen und Männer hausen zusammengepfercht in Containern oder Wohnklos. Kontakte zu Deutschen gibt es nicht. Der Betriebsrat ist für die Subunternehmen nicht zuständig.

GdP – Landesvorsitzender Ernst Scharbach: *„Wie lange will die Politik eigentlich noch warten? Muss es wirklich erst zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kommen? Es ist falsch, den Konzernen den deutschen Sozialstaat zum Abriss vor die Füße zu legen. Die Politik muss endlich für die Einhaltung von Sozial-, Umwelt- und Rechtsstandards sorgen!“*

Unterdessen berichtet die Frankfurter Rundschau: Der zuständige EU-Kommissar Charlie McGreevy hat die Bolkestein-Richtlinie zurückgezogen, „nachdem vor allem Deutschland und Frankreich gegen Teile der Richtlinie Einspruch erhoben hatten.“

Also: Es geht doch! Globalisierung ist kein Schicksal!

Weitere Infos: <http://www.attac.de/bolkestein>

6. Vernissage in Mainz

„Leichte Dichte“ ist der Titel der Ausstellung von Frank Maibier in der Galerie Dorothea van der Koelen in Mainz-Bretzenheim, Hinter der Kapelle 54. Die Ausstellung wird am 9. April von Dr. Harald Kunde, Internationale Kunst Aachen, eröffnet.

7. EGB - Protest in Brüssel

60.000 Menschen aus der EU demonstrierten am 19. März in Brüssel für die sozialen Grundrechte der BürgerInnen. Aufgerufen hatten u.a. der Europäische Gewerkschaftsbund und Attac. Im Zentrum stand die Kritik an der Bolkestein-Richtlinie. Nach dem 'Herkunftslandprinzip' soll das Recht des Heimatlandes gelten, wenn ein Dienstleister in einem anderen Land aktiv ist. Die Gewerkschaften fürchten das damit einhergehende Lohndumping und die weitere Senkung der Sozialstandards, wovon besonders die weit entwickelten Staaten - also auch die BRD - in ihrer Substanz bedroht werden. DGB - Chef Sommer: *"Europa darf nicht zum reinen Deregulierungsprojekt verkommen!"* Der grundlegenden Kritik an der Dienstleistungsrichtlinie haben sich inzwischen auch Kanzler Gerhard Schröder, Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul und der französische Präsident Jacques Chirac angeschlossen.

8. Großes Verdienstkreuz für Walter Zuber

In einem Festakt würdigte Ministerpräsident Kurt Beck anlässlich der Verabschiedung von Innenminister Walter Zuber dessen hervorragenden Verdienste für das Land. Dr. Fritz Behrens, Innenminister von NRW, sprach die Laudatio für die Innenministerkonferenz. Eugene Gasana, Botschafter von Ruanda, bedankte sich für Zubers Engagement in der Entwicklungshilfe für sein Land.

Ernst Scharbach überbrachte Walter Zuber die besten Grüße der GdP.

9. Arbeitgeber - Lüge Arbeitszeit

Ohne Unterlass trommeln die Arbeitgeber für längere Arbeitszeiten. Die Arbeitgeberverbände bemühen hierzu gerne den Vergleich der Arbeitszeiten in Europa. Das statistische Bundesamt widerlegt die Aussagen der Arbeitgeber. Die Unternehmer stützen ihre Angaben auf die durchschnittliche Wochenarbeitszeit. Sie beträgt tatsächlich 36 Stunden pro Woche. Sie verschweigen, dass in dieser Zahl die Teilzeitbeschäftigten mit einbezogen wurden. Deren Anteil an den Arbeitsverhältnissen hat mit 22,8 % einen Rekordwert erreicht. Die 'Normalarbeitsverhältnisse' haben sich bei 39,9 Stunden pro Woche eingependelt - und liegen damit exakt im EU - Durchschnitt.

Heinz Werner Gabler: *"Die Gewerkschaften warnen vor einem beschäftigungspolitischen Desaster. Wenn der Irrweg der Arbeitszeitverlängerung weiter beschritten wird, werden selbst bei einem erhofften wirtschaftlichen Aufschwung keine zusätzlichen Stellen entstehen. Die Verlängerung der Arbeitszeit für die, die Arbeit haben, führt unweigerlich zu einem weiteren Anstieg der Massenarbeitslosigkeit!"*

10. CDA: „Soziale Gerechtigkeit im Härtetest“

titelte die Landestagung 2005 der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA). Landesvorsitzender Zolk forderte in seiner Rede das Abitur nach 12 Schuljahren und die Einschulung mit 5. Ferner forderte er mehr ‚betriebliche Bündnisse‘ und stellte sich damit gegen den Antrag der CDA Rheinhessen, die sich gegen das Aufweichen der Flächentarifverträge einsetzt.

CDU-Chef Böhr forderte die Rückbesinnung auf die Grundsätze der ‚Sozialen Marktwirtschaft‘ und übte Kritik am herrschenden Wachstumsbegriff. Böhr kritisierte heftig die Politik der Regierungen in Berlin und Mainz; sie hätten bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit versagt. Zu den Alternativen der CDU: Zitat: *„Da bleibt natürlich die Frage: Wie machen WIR das? Aber das will ich hier jetzt nicht vertiefen!“*

Im Leitantrag der CDA wird herausgestellt, dass sich die Bürger auf weniger Wohlstand einstellen sollten. Der Landesverband stemmt sich aber gegen weitere Einschnitte beim Kündigungsschutz, wie er von weiten Teilen der CDU gefordert wird. Sehr erfreulich: Sowohl Böhr, als auch die CDA setzen sich für die Mitbestimmung ein: *„Dass bei uns mehr Zeit durch Grußworte verloren gehen als durch Streiks ist auch ein Verdienst der Mitbestimmung. Nicht alles, was für die Arbeitgeber kurzfristig bequem ist, ist langfristig effektiver.“*

Die GdP war bei der Landestagung durch Koll. Ernst Scharbach vertreten.

11. Rechtsextremismus und Aussteigerprogramm RP

Am 18. April lädt die GdP zu einer Fachtagung in den Wappensaal des Landtags.

LKA und Verfassungsschutz werden die Lage im Bereich des Rechtsextremismus darstellen, Vertreter des Landesamts für Soziales erläutern ihre Erfahrungen mit dem Aussteigerprogramm.

Neben Vertretern der Fachkommissariate und Führungskräften der Polizei haben sich GdP-Vertreter aus dem BKA, von Hessen und dem Saarland angekündigt. Das Grußwort wird vom Leiter der Staatskanzlei Martin Stadelmaier gehalten. Als Diskutanten stehen u.a. der neue Staatssekretär Hendrik Hering, Generalstaatsanwalt Norbert Weise und Mitglieder des Rechts- und Innenausschusses des Landtags zur Verfügung.

12. Seminar Schwule und Lesben

In der Zeit vom 23. bis 25. Juni findet in Berlin ein Bundesseminar des Verbandes lesbischer und schwuler Polizeibediensteter statt. Karl Peter Bruch: *„Wie bereits bei früheren Bundestreffen und -seminaren messe ich auch der diesjährigen Veranstaltung eine besondere Bedeutung sowohl für das dienstliche Miteinander wie auch für den Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern zu. Den Polizeibediensteten, die sich in diesem Sinne engagieren und an dem Bundestreffen teilnehmen wollen, kann hierfür im Rahmen des dienstlich Vertretbaren Dienstbefreiung gewährt werden.“*

Näheres unter: www.velspol.de

13. Nachwuchsmangel im höheren Dienst

Bei den Bewerbungen für den höheren Dienst zeichnet sich ein Desaster ab. Die Zahl der Kolleginnen und Kollegen, die sich für das Auswahlverfahren für den höDie beworben haben, ist im Frühjahr 2005 drastisch gesunken. Eine der Spekulationen: Durch die Verlängerung der Lebensarbeitszeit im Polizeidienst im gehobenen Dienst auf 63 und im höheren Dienst gar auf 65 Lebensjahre ist die Attraktivität des höDie deutlich gemindert.

In Nordrhein-Westfalen ging man einen anderen Weg. Die Lebensarbeitszeit wurde unabhängig von der Laufbahngruppe auf 62 Jahre verlängert - allerdings ließ man den KollegInnen mehr Zeit, sich auf die veränderte Situation einzustellen: Die Verlängerungen gelten abgestuft erst ab dem Jahr 2007. Im Übrigen wird in NRW damit die Kollision mit Bundesrecht vermieden. Die KollegInnen, deren Pensionierung durch die Verlängerung der Lebensarbeitszeit über den Termin 1.1.2007 hinaus geschoben wurde, verlieren zusätzlich auch noch ihren Anspruch auf die Pensionsfähigkeit der Polizeizulage.

Unsere Frage: Aus welchen Gründen unterbleiben die Bewerbungen für den höheren Polizeidienst? Sind es die unausweichlichen Versetzungen im Gebiet von Rheinland-Pfalz? Ist es die zu erwartende Arbeitsbelastung? Ist der finanzielle 'Lohn' im Vergleich zur Vergütung im gehobenen Dienst zu gering? Oder liegt es an der Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf 65 Jahre?

Die GdP bittet um Zuschriften!

14. Fachhochschule: Vom Diplom zum Bachelor?

29 europäische Staaten haben 1999 im italienischen Ort Bologna beschlossen, bis 2010 einen gemeinsamen Hochschulraum zu schaffen. Die Abschlüsse sollen europaweit anerkannt werden und Wechsel in andere Länder und Fachgebiete erleichtern. Das Studiensystem hat zwei Stufen. Nach drei Jahren erreicht man die Stufe 'Bachelor', nach weiteren zwei Jahren die Stufe 'Master'.

Um den Anschluss an die europäischen Standards nicht zu verlieren, wird auch die Fachhochschule - Fachbereich Polizei - ihre Ausbildung anpassen müssen. Die GdP hat gegenüber dem Innenministerium die Initiative ergriffen. GdP - Landesvorsitzender Ernst Scharbach: *"Auch mit Blick auf die Umwidmung der Polizeiakademie in Münster - Hilstrup zu einer Hochschule der Polizei muss der Anpassungsprozess in Gang gesetzt werden. Die GdP würde es begrüßen, wenn es im Zuge der Umstellung zur Schaffung einer eigenen 'Fachhochschule der Polizei Rheinland-Pfalz' kommen könnte."*

15. Personalien

Im Innenministerium wurden wichtige personelle Veränderungen vorgenommen.

Im Überblick:

Staatssekretär (StS) Karl Peter **Bruch** wurde Nachfolger von Innenminister Walter **Zuber**, Hendrik **Hering**, vordem StS im Umweltministerium wurde Staatssekretär im Innenministerium. Dem pensionierten Leiter der Polizeiabteilung Hanns - Peter **Ludwig** folgte Joachim **Laux**, bis dahin Leiter des Referates 341 (u.a. Polizeirecht, Haushalt). Neuer Leiter des Ref. 341 wurde Rainer **Leubecher**, davor juristischer Mitarbeiter im Referat 342 (Personal). Der Leiter des Ref. 342 Dieter **Täffler** wurde stellvertretender Leiter der Polizeiabteilung.

Das Büro von Innenminister Bruch wird nun geleitet von Cornelia **Weis**. Andreas **Hitzges** wurde persönlicher Referent des Staatssekretärs Hering. Gunter **Fischer** wurde neuer Leiter des Ref. 381 (Sportförderung).

Jürgen **Mosen** wurde vom Ref. 344 (Polizeieinsatz) zum PP Koblenz versetzt. Er leitet dort die Abteilung Polizeieinsatz. Polizeipräsident Klaus-Jörg **Weidmann** wurde neuer Leiter der FH - Fachbereich Polizei - und der LPS auf dem Hahn. Der bisherige Leiter Klaus **Wertz** übernimmt die Tätigkeit von Jürgen Mosen im Ref. 344 des Ministeriums. Das Polizeipräsidium Koblenz wird vorläufig von Horst **Eckhardt** geleitet.

Die GdP wünscht allen in ihrem neuen Wirkungskreis viel Erfolg und das nötige Quäntchen Glück!

16. Zugriff auf Datenbank der NATO

Unglaublich: Auf Grund internationaler Vereinbarungen müssen alle Staaten, die der NATO angehören, die Daten in eine zentrale Datenbank einstellen, wenn der Bürgerin oder dem Bürger ein Reisepass ausgestellt wurde. Wenn man die Seite: <http://www.scrolllock.nl/passport> aufruft und den Namen eingibt, erscheint eine Kopie des Passes mit zugehörigem Foto des Passinhabers.

Stelly. Landesvorsitzender Jöbi Barz, nachdem er seine Daten eingegeben hatte: „*Ich bin entrüstet!*“

17. Die Personalratswahlen finden vom 25. bis 29. April statt!

18. Leichentanz

Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit für die geplagten PolizistInnen hat ihren Niederschlag in der Literatur gefunden. Wir zitieren aus dem Kriminalroman:

„Ein Toter in einem Schaukelstuhl in einem von außen abgeschlossenen Wohnwagen. Schon ein komischer Fall, den Herbert Wülfing da hatte. Und es würde wohl nicht sein letzter sein. Denn die sozialdemokratische Landesregierung hatte gerade mit aller Macht das Pensionsalter für die Polizei deutlich herauf gesetzt. Das soll den Haushalt entlasten, aber sind Polizeibeamte mit über 60 noch fit für die Jagd nach den immer jüngeren Kriminellen? Die Kosteneinsparungen können so leicht in ein Minus an Sicherheit auf den Straßen führen.“

Auch der GdP - Widerstand gegen die AB-Prämie (vulgo: Leistungsprämie) im Polizeibereich findet seinen Niederschlag:

„Kriminalarbeit war zunächst Fleißarbeit. Hier ein Mosaiksteinchen, dort ein anderes. Und Herbert würde sicher auch seine Schlüsse daraus ziehen. Und Kriminalarbeit war vor allem Teamarbeit, allen Schimanski-Serien im Fernsehen zum Trotz.“

aus: Jean C. Becker, Leichentanz an Fassenacht, Ein Krimi aus Rheinhessen und Mainz, Selztal-Verlag.

19. Zur Erinnerung

Am 3. April 2003 haben die Regierungsfractionen von SPD und FDP die Verlängerung der Lebensarbeitszeit für PolizistInnen in Rheinland-Pfalz auf 63 bzw. 65 Jahre beschlossen.

Verreisen?	Auto kaufen?	PSW 06131/96009-23 oder -31
------------	--------------	-----------------------------

v.i.S.d.P.: Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz, Nikolaus-Kopernikus-Str. 15, 55129 Mainz